



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

aus annehmbar schien, sondern weil überhaupt kein Grund war, an so früher Entstehung des Antwerpner Bildes zu zweifeln, umso weniger, wenn man das Berliner Portrait aus dem nämlichen Jahr datiren konnte. Bestärkt werden übrigens die Zweifel gegen das letztere dadurch, daß das Antwerpener seinerseits offenbar Untastung erfahren hat.

Bei dieser Untersuchung muß sich schließlich auch ein Resultat über Antonello's Lebensdauer ergeben. Die Annahme, daß der Sicilianer noch mit Johann van Eyck zusammengetroffen sei, verlangte es, seine Geburt etwa ins Jahr 1420 zu setzen, und dabei blieben auch diejenigen stehen, welche ihn für Domenico Veneziano's Lehrer ansahen, ein jetzt beseitigter Irrthum. Wenn man gelten läßt, daß das früheste beglaubigte Bild Antonellos das von 1465 ist, dann wird man sein Geburtsjahr jedenfalls nach 1420, wenn nicht sogar nach 1430 zu suchen haben.

J. A. Cr.

### Aus Schwaben.

Ende Juni.

Halb verdrossen und halb vergnügt sind unsere 17 Zollparlamentäbotten, oder vielmehr unsere 15, — denn zwei hatten sich die Reise gespart, — aus der norddeutschen Hauptstadt zurückgekehrt. Verdrossen, weil sie sich doch sagen müssen, daß sie nicht gerade die „imponirende Rolle“ gespielt haben, von welcher vor Kurzem Probst das katholische Landvolk in Oberschwaben unterhielt, als er ihm den ehemaligen Reichsregenten Becher an Stelle des zum k. k. Regierungsrath avancirten Professors Schäffle zum Zollparlament, abgeordneten empfahl. Vergnügt aber, sofern sie wenigstens mit dem Bewußtsein heimkehrten, daß das Zollparlament in seiner dreiwöchentlichen Session so gut wie nichts ausgerichtet habe, und das Wenige doch nicht mit ihrem Willen. Sie hatten die Genugthuung, bei jeder Abstimmung, gleichgültig worüber, consequent mit Nein gestimmt zu haben, — ein einzigesmal soll ein einziger Abgeordneter ungetreu geworden sein, — und so konnten sie schließlich überhaupt mit Befriedigung auf das Resultat der Session zurückblicken, denn dieses Resultat war fast Null.

Daß sie, um zu diesem Resultat mitzuwirken, die Reise nach Berlin unternehmen mußten, war freilich kein Vergnügen, und sie machten daraus kein Hehl. Etliche Wochen vor der Einberufung des Parlaments hatten sie einen Kriegsrath in Stuttgart gehalten, auf welchem die Frage erörtert wurde, ob

man überhaupt dem zu gewärtigenden lästigen Rufe entsprechen wolle. Es war nicht lange nach der Landtagsession, und weil damals das Ministerium eine scheinbare Schwenkung ausgeführt und der Demokratie ein unfreundliches Gesicht gezeigt hatte, so meinten die zum Kriegs Rath Versammelten, ihre Stellung zu den beiden Collegen Barmbüler und Mittnacht (welche zu dieser Berathung nicht hinzugezogen waren) möchte eine mißliche werden. Es tauchte sogar der Vorschlag auf, inösesammt das Mandat niederzulegen, um außs Neue eine unmißverständliche Willenskundgebung des schwäbischen Volks herauszufordern. Man überzeugte sich freilich in Bälde, daß Herrn v. Mittnacht, der sich sein Mandat von den Wählern erneuern lassen mußte, Unrecht geschehen war, wenn man Zweifel in die Festigkeit seiner particularistischen Ueberzeugungen gesetzt hatte. Und was schon damals bei der gemeinschaftlichen Berathung trotz allem Widerstreben den Ausschlag geben mußte, war das Bewußtsein der gebieterischen Pflicht: es galt, das Vaterland, nämlich das engere, vor den Erpressungen und Bedrückungen zu retten, welche ihm unfehlbar beschieden waren, wenn seine Vertheidiger nicht wachsam auf der Bresche standen. Man beschloß also, dem Rufe zu folgen, um, wie es in der Kunstsprache des Particularismus heißt, „der weiteren Verpreußung des Südens und weiterer Ausfaugung seiner Kräfte durch neue zollvereinsländische Steuern kräftig entgegenzuwirken.“ Dieses Gefühl der Pflicht machte gerade die Glieder der schwäbischen Fraction zu den alleremstigten Parlamentsbesuchern, sie fehlten nie, und wenn sie auch in der Lage waren, nur einen einzigen Redner ins Feld zu stellen, der sich mit rühmenswerther Beharrlichkeit auch vor die verlorenste Sache aufpflanzte, so verließ doch Keiner seinen Posten, ehe die letzte Abstimmung vorüber und vollkommene Beruhigung an die Stelle beängstigender Ahnungen getreten war.

Solche Ausdauer war nun um so mehr anzuerkennen, als der Aufenthalt in der norddeutschen Hauptstadt für die Schwaben voll von Unannehmlichkeiten aller Art war. Solches mußte man wenigstens schließen aus den Worten, welche Einzelne derselben in heimischen Blättern veröffentlichten und die eine fortlaufende Klage über Alles und noch einiges Andere bildeten. Das Wetter war kalt, unfreundlich, in der großen Stadt nirgend eine geziemende Unterhaltung aufzutreiben, in der Oper kein guter Sänger, im Schauspielhause kein guter Darsteller. Und ebenso kalt wie das Wetter war die Gesellschaft; man glaubte Rücksichten zu vermissen, denen man noch im vorigen Jahre begegnet war. „Kein Süddeutscher hat hier Zutritt in eine Familie“, klagte Einer, der freilich später von einem Anderen dementirt wurde, welcher in dieser Hinsicht glücklicher gewesen zu sein schien. Daß der Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraction und die Eindrücke, welche einige Abgeordnete nach der ersten Session vor ihren Wählern in Württemberg und

Bayern ausgebreitet hatten, doch nicht völlig wirkungslos bleiben konnten, scheint nicht geahnt worden zu sein. Man wunderte sich, die norddeutschen Kollegen etwas zugeknöpfter zu treffen; selbst die preußischen Conservativen, bei denen man am meisten „Verständniß“ gefunden hatte, waren zurückhaltender, das Verlangen einer Ehrenerklärung wegen der Aeußerung des Grafen Kleist wurde nicht in befriedigender Weise erfüllt, der Wunsch nach Erneuerung des vorigjährigen Cartels, — obwohl Herr v. Windthorst emsig hin und her ging, — rundweg abgeschlagen. Ebenso war nach der linken Seite die Verbindung noch lockerer geworden. Keine Volksversammlung wurde diesmal arrangirt, auf welcher die süddeutschen Meinsager dem Berliner Volk ihre Gefühle entwickeln konnten, statt dessen waren es die Nationalliberalen Bölk und Stauffenberg, deren Worte in einer Berliner Wählerversammlung lebhaften Beifall sich errangen und so auch diese Position den Schwaben entzogen. Und als sich Becker, der ehemalige Reichsregent, um eine Bühne für seine Beredtsamkeit aufzufinden, nach dem fernen Holstein wandte, fand sich auch diese letzte Hoffnung getäuscht durch das polizeiliche Verbot, das die Volksversammlung zu Neumünster verhinderte.

Das waren verdrießliche Erfahrungen. Was aber das Aussharren auf den Bänken des preußischen Herrenhauses noch ganz besonders unerquicklich machte, war die unausgesetzte Angst, von welcher sie sich heimgesucht sahen. Sie saßen, wenn man ihren Berichten Glauben schenkt, fortwährend wie auf Nadeln. Beständig sahen sie ein drohendes Damoklesschwert über sich hängen. Denn es stand ihnen fest, daß die Nationalliberalen die Session nicht würden vorübergehen lassen, ohne einen „Coup“ auf die Süddeutschen auszuführen. Was sie sich unter diesem Coup eigentlich dachten, war nicht recht ersichtlich; das Aufregende war eben dies, daß sie nicht einen Augenblick sicher waren, wann und in welcher Gestalt das Gefürchtete über sie hereinbrechen werde. Sie hatten die unbestimmte Ahnung, daß die Norddeutschen sich zu einem „allgemeinen Angriffsplan“ verschworen hätten, zu dem nur eben noch die passende Gelegenheit abgewartet werde. Diese Beängstigung vor einem schwarzen Unbekannten, der unter den scheinbar harmlosen Debatten über Petroleumzoll und Rübensteuer verborgen laure, erreichte ihren Gipfel, als der Mez'sche Antrag gestellt wurde; jetzt waren sie überzeugt, daß dies die vorbedachte Falle sei, in welche man die Süddeutschen verlocken wolle, und aus der Heimath wurde ihnen bereits zugerufen, sie müßten mit Protest das Zollparlament verlassen, falls die Mehrheit diesen nationalliberalen Uebergriff guthieße. Erst als auch diese schlimmste Gefahr glücklich vorüberging, ohne die verborgene Unthat zur Reife zu bringen, athmeten die geängsteten Gemüther auf, die Berichte klangen von da an beruhigter, es fehlte jetzt sogar nicht der Ausdruck befriedigenden Selbstgefühls, daß man durch die

gezeigte feste Haltung die Anschläge des Feindes vereitelt habe, und so konnte man denn am Ende scheiden mit der tröstlichen Gewißheit, „daß das Zollparlament zur bloßen wirthschaftlichen Versammlung geworden sei.“

Wenn nun die abgelaufene Session auch nur das eine Resultat gehabt hätte, der süddeutschen Fraction etwas von ihrer krankhaften Angst zu benehmen, so wäre sie nicht vergeblich gewesen. Diese Angst ist vielleicht das bezeichnendste Moment der im Süden bis jetzt noch vorwaltenden antinationalen Strömung. Trotz der bekannten officiellen Erklärungen der preußischen Regierung, und trotzdem, daß das äußerste Mißtrauen keine Thatsache aufzufinden vermag, die an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen zweifeln ließe, geht durch unser schwäbisches Volk das unbestimmte Gefühl und wird geflüstertlich genährt, daß der Norden es darauf abgesehen habe, den Süden zu vergewaltigen, auszusaugen, zu verschlucken, zu verspeisen, kurz unerhörte Gewaltthat an ihm zu verüben. Darf doch die particularistische Presse ihren Lesern noch immer täglich wiederholen, daß vor drei Jahren Preußen unser Land mitten im tiefsten Frieden aufs treulosste überfallen und mit Krieg überzogen habe. Auch sonst ist es nicht grade heldenhafte Gesinnung, durch die das Land der alten Schwabenstrieche in neueren Zeiten hervorleuchtet. Nur aus diesem Kreise konnte im vorigen Jahr jener Appell an die Furcht kommen, den der Bundeskanzler zurückweisen mußte. Und nur an den Gestaden des Neckar konnte die auf die Furchtsamkeit speculirende Broschüre „eines deutschen Diffiziers“ als ein patriotisches Werk verherrlicht werden und eine wenigstens ephemere Wirkung hervorbringen. Es liegt auf der Hand, daß diese Angst nicht eben von einem Gefühl der Unbefangenheit zeugt, und es hat sein Komisches, mit der Thatsache dieses ängstlichen Mißtrauens die rohen Großsprecherereien zusammenzuhalten, mit denen eine renomistische Presse jenes Gefühl zuweilen zu übertäuben beflissen ist.

Aber auch das liegt auf der Hand: wohl Niemand wird es mehr bedauern, daß von der Arbeit an dem neuen Bund vorläufig die Süddeutschen ausgeschlossen sind. Sie selbst wollen es nicht anders, und man kann es ihnen nicht oft genug wiederholen, daß ihr Wille gewissenhaft respectirt werden wird. Die Politik der Mainlinie hat nachträglich ihre Legitimation erhalten. So lange der Süden in seiner Mehrheit Männer ins Parlament schickt, deren Ehrgeiz nach einer zum geflügelten Wort gediehenen Aeußerung darauf gerichtet ist, das Einigungswerk zu „verpfsuchen“, so lange ist es gut, daß ihnen die Möglichkeit hierzu nur innerhalb gewisser Grenzen verstattet ist. Denn inzwischen schreitet doch der Ausbau des Bundes fort, dem auch sie dereinst angehören werden. In seiner Mehrheit ist der Süden in der That für die Einheit noch nicht reif. Wenn man sich das Mißtrauen gegen die scheidene Institution des Zollparlaments und andererseits den erbitterten

Krieg gegen die neuen Heereseinrichtungen im Süden vergegenwärtigt, so ist der Schluß unvermeidlich, daß die Bande, welche bis jetzt über den Main geschlagen sind, die Zollvereins- und Allianzverträge, das äußerste Maß von Einheit sind, das im Augenblick der Süden in seiner Gesamtheit erträgt. Ob unter der sichtbaren Oberfläche von Mißtrauen, Empfindlichkeit und beschränktem Eigensinn sich doch noch ein gesunder Kern von nationaler Gesinnung erhalten hat, müßte sich erst in einer ernstlichen Krisis zeigen. Inzwischen aber ist das Zollparlament mit seinen überaus nüchternen Geschäften eine ebenso heilsame Schule für den Süden, wie die preussische Wehrverfassung. Denn jenes dämmt die Gewohnheit der Phrase zurück, wie diese mit der Zeit ein männliches Geschlecht erziehen und ebenso das verlorene Selbstgefühl wie das Bewußtsein von der Einheit der Nation wiederherstellen wird.

r.

### Das Concil und die bayrische Regierung.

München, Anfang Juli 1869.

Es verlautet in der letzten Zeit mehrfach von Schritten, welche die bayrische Regierung bei den katholischen und paritätischen Staaten Europas gethan haben soll, um dieselben zu gemeinsamen Schutzmaßregeln gegen die Beschlüsse des künftigen Concils zu bewegen. Gefahren, welche dem Staate von Seiten eines allgemeinen kirchlichen Concils drohen sollen, liegen dem Geiste des 19. Jahrhunderts etwas fern ab. Mehr als drei Jahrhunderte sind vergangen seit das langgezogene „anathema sit“ des Concils von Orient, des letzten allgemeinen (ökumenischen) Concils die im Glauben gespaltene Welt durchklang und den großen Zwiespalt des 16. Jahrhunderts besiegelte. Von da ab hören wir nur noch von sporadisch abgehaltenen Provinzial-Synoden, bis mit Anfang unseres Jahrhunderts auch diese verschwinden.

Das Concil von Orient war Jahrzehnte lang von der ganzen christlichen Welt, insbesondere von Kaiser und Reich sehnsüchtig herbeigewünscht worden, da man der durch den Religionsfrieden von Nürnberg und Passau und durch das Interim geschaffenen Provisorien müde war. Dagegen hatten die damaligen Päpste alle Mienen springen lassen, um das Zusammenkommen dieser Versammlung zu verhindern. Jetzt will der Papst ein Concil, während die Laienwelt nicht das geringste Bedürfnis darnach verspürt, ja